



# Tagesbericht

4. September 1953

Information Nr. 1059

## Quelle

BStU, MfS, AS 39/58, Bd. 2, Bl. 407–414 (2. Expl.).

## Serie

Informationsdienst.

## Verteiler

Kein Nachweis einer externen oder internen Verteilung.

## Vermerke

Mehrere vertikale Randmarkierungen (hier nicht im Einzelnen dokumentiert).

## Bemerkungen

Maschinenschriftliches Deckblatt mit Inhaltsverzeichnis a–g.

## ***Die Lage in den Industrie- und Verkehrsbetrieben***

Im Vordergrund der Diskussion steht die Verhaftung der Interzonenreisenden. <sup>1</sup> Weiterhin werden noch verschiedene Probleme diskutiert, wie z. B. die Wahlen in Westdeutschland, Prämienzahlung, FDGB-Beitragszahlung usw.

In verschiedenen Frankfurter Betrieben, [Bezirk] Karl-Marx-Stadt, wurden Kurzversammlungen über die Verhaftungen Interzonenreisender durchgeführt, wo man sofortige Freilassung der Verhafteten forderte. Meldungen aus den Betrieben der Bezirke Magdeburg, Gera, Frankfurt/Oder, Rostock und Neubrandenburg zeigen betreffs der Verhaftungen negative Diskussionen. Es wird fast überall zum Ausdruck gebracht, »dass diese Leute von der SED als Spitzel nach Westdeutschland geschickt wurden, um die Wahl zu unseren Gunsten zu beeinflussen und dass man im umgekehrten Falle diese Personen in der DDR als Provokateure ebenfalls verhaften und hart verurteilen würde.« (z. B. RAW Stendal/Magdeburg, Stahlwerk Silbitz/Gera).

Im Bezirk Karl-Marx-Stadt steht noch im Vordergrund der Diskussion die Note <sup>2</sup> und das Kommuniqué, <sup>3</sup> wozu positiv gesprochen wird. In verschiedenen Betrieben wird der Wahl in Westdeutschland starke Beachtung geschenkt. In den Werften des Bezirkes Rostock, im VEB Zeiss Ikon Dresden und im IFA-Motorenwerk Kamenz/Dresden nimmt man eine abwartende Haltung ein und ist auf den Ausgang der Wahlen gespannt. Das Kunstseidenwerk Premnitz/Potsdam will den Wahlkampf dahingehend unterstützen, indem sie die Arbeiter einer westdeutschen Kunstseidenfabrik auffordern wollen, nicht Adenauer zu wählen und eine Delegation zum Erfahrungsaustausch in die DDR einladen. Alle 900 Versammlungsteilnehmer stimmten zu.

In verschiedenen Betrieben geht die Beitragszahlung des FDGB sehr stark zurück. So ist im VEB Zeiss Jena/Gera in manchen Gruppen die Kassierung bis zu 50 % gesunken, andere zahlen nur soviel sie wollen. Sie äußern: »Der FDGB vertritt nicht die Rechte der Arbeiter.« Auch im EKB Bitterfeld/Halle wollen viele die FDGB-Beiträge erst wieder zahlen, wenn der Lohnausfall vom 17./18.6.1953 bezahlt wird. Die Finanzbuchhaltung des Fischkombinats Saßnitz/Rostock verweigert die FDGB-Zahlung, »weil nicht ihre Überstunden bezahlt werden.« Im Mansfeld-Kombinat »Wilhelm Pieck« Eisleben/Halle herrscht eine schlechte Stimmung über die unterschiedliche Bezahlung der Untertage- gegenüber den Übertagearbeitern. Zu den Beschlüssen der Regierung <sup>4</sup> wird größtenteils positiv diskutiert.

Im RAW Dresden besteht unter den Arbeitern eine große Unzufriedenheit wegen Fehlens an Ersatzteilen. So sind zzt. ca. 200 Wagen abgestellt, bei welchen Ersatzteile fehlen. Den Funktionären des Betriebes wirft man Unfähigkeit vor. Die Arbeiter in der Montageabteilung im VEB »Heinrich Rau« Potsdam sind gleichfalls unzufrieden, da die Produktion durch Materialschwierigkeiten gehemmt wird.

Wie aus verschiedenen Bezirken (Frankfurt/Oder, Potsdam, Suhl und Halle) bekannt wird, tritt verstärkt in den Betrieben die Tendenz hervor, dass man den Agitatoren und Genossen ausweicht, Versammlungen schwach besucht und die Arbeit nicht so wie früher verrichtet. So z. B. zeigen die Kollegen im EKM Finow/Frankfurt eine große Zurückhaltung, weichen Agitatoren aus und äußern: »Macht uns satt, dann habt ihr unsere Zustimmung.« Die Kollegen beim Gleisbau Ludwigsfelde/Potsdam erklären: »Wir machen unsere Arbeit, von Politik wollen wir nichts wissen.«

Am 3.9.1953, 9.15 Uhr, streikten im SWB Brandenburg/Potsdam acht Monteure, weil ihre unberechtigten Forderungen nicht anerkannt wurden (Nichtbezahlung der täglichen Fahrgelder, Forderung von Heimfahrten). Am 3.9.1953, von 11.00 bis 12.00 Uhr, streikten zwölf Kollegen von der Baugenossenschaft Quedlinburg. Sie forderten Angleichung ihrer Löhne an die der volkseigenen Baubetriebe.

Zur Entlassung von Provokateuren aus Betrieben wird unterschiedlich Stellung genommen: Im Kunstseidenwerk »Siegfried Rädels« Pirna/Dresden stimmten nur zwei Drittel der Anwesenden für die Entfernung von zwei Provokateuren aus dem Betrieb. Am 1.9.1953 wurden in der Farbenfabrik Wolfen/Halle fünf Intelligenzler als Provokateure entlarvt und entlassen. In den Diskussionen stellte man eine feindliche Haltung der Arbeiter gegen die Intelligenz fest. Am 3.9.1953 wurde in einer Versammlung der Wismut ein Provokateur entlarvt unter Zustimmung der gesamten Anwesenden.

## ***Die Lage in der Landwirtschaft***

Auflösungserscheinungen treten in der LPG Genshagen/Potsdam und in Hörnitz/Dresden auf. Im Bezirk Neubrandenburg tritt verstärkt in Erscheinung, dass Mitglieder der LPG ihren Austritt erklären. In Diera/Dresden macht sich eine Wühlarbeit der Großbauern und eine starke Strömung gegen die LPG bemerkbar.

Am 2.9.1953 legten 20 Arbeiter der landwirtschaftlichen Kreisbetriebe in Muchow/Schwerin von 10.30 bis 16.00 Uhr die Arbeit nieder. Grund: Vom Bürgermeister wurden angeblich Versprechungen gemacht die nicht eingehalten wurden.

Durch Mangel an Ersatzteilen wird Missstimmung auf den MTS hervorgerufen, da es sich zum Teil um Maschinen handelt, die in der DDR produziert werden. In Crossen und Silbitz/Gera stehen die Dreschmaschinen, da keine Ersatzteile vorhanden sind.

Aus Cottbus wird auf die ernste Lage hingewiesen, dass trotz des starken Kartoffelanfalls die VEAB keine Abverfügung erhält. In Tollschtz/Gera<sup>5</sup> weigert sich die VEAB 10 dz Kohl auf Soll abzunehmen.

## ***Stimmung der übrigen Bevölkerung***

Im Vordergrund steht wie am Vortage die Diskussion über die Verhaftung von Interzonenreisenden. Verstärkt treten negative Äußerungen wie z. B. »Bei uns würde es 20 Jahre Zuchthaus geben« oder »Dafür wird das Geld hinausgeschmissen« usw. in Erscheinung. Angehörige erkundigen sich bei der Kreisleitung der Partei und FDJ nach den Verhafteten, da diese angeblich zu einem Musiklehrgang usw. gefahren sind, sie aber den Bescheid der Verhaftung aus Westdeutschland erhalten haben. Im Kreis Luckenwalde wurden vom DFD und der NDPD Protestresolutionen verfasst. Von der Partei werden im Bezirk Potsdam Demonstrationen und Versammlungen in den Betrieben und Dörfern organisiert.

Gespannt wird das Ergebnis der Wahlen in Westdeutschland erwartet. Meinungsäußerungen sind nicht bekannt, bis auf wenige, die zum Ausdruck bringen, dass wohl Adenauer gestürzt und die SPD den Sieg erhalten wird.

Allgemein macht sich unter der Bevölkerung eine abwartende Haltung und Zweifel am neuen Kurs bemerkbar. Grund dafür ist, wie aus den Äußerungen zu ersehen, die mangelnde Versorgung mit Strom, Kohle usw. (siehe Berichte der Vortage).

Aus verschiedenen Bezirken wird bekannt, dass die Butter aus der SU zu alt und zum Teil nicht mehr einwandfrei ist, was ebenfalls Anlass zu negativen Diskussionen gibt und vom Gegner ausgenutzt wird.

Zum Teil spiegelt sich das mangelnde Vertrauen in den am 2.9.1953 durchgeführten Großkundgebungen über das sowjetisch-deutsche Kommuniqué wider. So wird z. B. aus Magdeburg gemeldet, dass die Großkundgebung in Staßfurt bei einer Einwohnerzahl von 28 000 eine Beteiligung von 4 000 aufzuweisen hatte, wovon 2 000 während der Kundgebung den Platz verließen. In Schönebeck beteiligten sich von 50 000 Einwohnern 3 000 Personen, wovon 50 % die Kundgebung verließen. In Seehausen betrug die Teilnehmerzahl 600 von 48 000 Einwohnern. Bei allen Kundgebungen war[en] die Begeisterung und der Beifall sehr mäßig.

## ***Ereignisse von besonderer Bedeutung***

Im VEG Löbnitz, Kreis Staßfurt, wo sich ein Schweinekombinat mit 4 000 Schweinen befindet, ist die Schweinepest ausgebrochen. Seit dem 29.8.1953 sind 163 Schweine verendet. 500 Schweine müssen sofort notgeschlachtet werden. Der Schaden beträgt 50 000 DM. Auch im Kreis Pritzwalk herrscht in neun Gemeinden die Schweinepest. Bisher sind elf Schweine verendet, 244 wurden notgeschlachtet, 368 Tiere sind erkrankt. Zu einem Stillstand der Seuche ist es noch nicht gekommen.

## ***Organisierte Feindseligkeit***

Jetzt verbreitete Hetzschriften zeigen die Absicht, unsere Partei zu zersetzen (» SED-Opposition«, »Rote Fahne«). Es wird versucht, einen Keil zu treiben zwischen ZK und Mitgliedschaft. Der Putsch vom 17. Juni wird als »spontaner Arbeiteraufstand« gegen den »Staatskapitalismus« verherrlicht. An Genossen werden Hetzschriften versandt, die im Inhalt vortäuschen, sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen einzusetzen und für den neuen Kurs, um abschließend den Genossen zu sagen, »bei der Auslegung erhaltender Befehle die Stimme unseres Gewissens über die Angst um unsere Posten zu stellen und ausschließlich so zu entscheiden, wie es dem Wohle des Bürgers am besten dient«. Danach wird auf das »mutige Beispiel« eines Dahlem,<sup>6</sup> Zaisser<sup>7</sup> und Herrstadt<sup>8</sup> verwiesen. Mit einem gefälschten Brief von Else Zaisser<sup>9</sup> an alle FDGB-Mitglieder will man besonders die Lehrer gegen Partei und Regierung beeinflussen. Eine größere Menge Hetzschriften sollen zersetzend wirken unter der FDJ, dem DFD und der LPG.

Flugblätter der NTS<sup>10</sup> werden verstärkt in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Potsdam, Frankfurt/Oder und Berlin verbreitet. So wurden 1 749 Flugblätter der NTS am 3.9.1953 in Karl-Marx-Stadt gefunden und 1 000 Stück in Berlin-Friedrichshagen und Köpenick. Der Inhalt ist der gleiche wie an den Vortagen.

Flugblätter des SPD-Ostbüros<sup>11</sup> wurden im Bezirk Gera und Halle mit dem Inhalt über den 17.6. gefunden.

2 000 Flugblätter der FDP<sup>12</sup> wurden in einem Güterzug in Lauchhammer West/Cottbus gefunden. Der Inhalt enthält Hetze gegen die SU. Hetzbriefe der KGU<sup>13</sup> »Warum muss das Volk hungern?« wurden in Halle an die Bevölkerung verschickt.

In Plauen erhielten verschiedene Personen Hetzbriefe vom »Heimatdienst für Polizei, Militär und Bürger aller Länder«. Der Inhalt: Für Schaffung der Freiheit.

In den Gemeinden Warnsdorf<sup>14</sup> und Putlitz/Potsdam treten verstärkt die »Zeugen Jehovas«<sup>15</sup> auf durch Einladungen zu ihren Veranstaltungen.

Im EKM Görlitzer Maschinenbau/Dresden wurde am 3.9.1953 eine Hetzschrift (Maschinenschrift) angebracht. Inhalt: Arbeiter sind mit Politik der SED nicht einverstanden. Es wird für den 11.9. ein Streik angedroht.

In Legde/Schwerin wurde festgestellt, dass immer wenn gedroschen werden soll, Teile (Bolzen, Lager usw.) der Dreschmaschine entfernt wurden.

## ***Vermutlich organisierte feindliche Tätigkeit***

In Motzlar/Suhl wurde der CDU-Bürgermeister wegen schlechter Arbeit abgelöst. Vergangene Woche erschien der Vorsitzende der Gemeindevertretung mit vier Mitgliedern und dem ehemaligen Bürgermeister und verlangte von dem kommissarisch eingesetzten Bürgermeister Übergabe der Gemeindegeschäfte sowie dessen Amtsenthebung.

In Erlau/Karl-Marx-Stadt wird das Gerücht verbreitet, dass in Kürze die Westmark eingeführt würde, die Bauern sollen mit der Ablieferung der Ölfrüchte warten.

In Grabow/Magdeburg brannten am 3.9.1953 ein Stall und eine Scheune nieder. Am 2.9.1953 brannte in Ernhof/Frankfurt die Scheune eines Mittelbauern nieder. Zur gleichen Zeit brannte ein<sup>16</sup> Rapsstrohschober des VEB Prädikow. Bereits am 30.8.1953 wurde vermutlich in Hennickendorf<sup>17</sup>/Frankfurt eine Scheune in Brand gesteckt. Es wird vermutet, dass in letztgenannten Fällen es sich um ein und denselben Täter handelt. Unter den Bauern ist dadurch eine gewisse Unruhe entstanden.

## ***Einschätzung der Situation***

Die Diskussion zur Note der SU und dem sowjetisch-deutschen Kommuniqué hat nachgelassen, teilweise wird auch weniger Interesse festgestellt. Die abwartende Haltung verstärkt sich. Vielfach ist man gespannt auf das Wahlergebnis in Westdeutschland. Viele Diskussionen werden jetzt geführt über die verhafteten Interzonenreisenden in Westdeutschland. Die Meinungen dazu sind zur Hälfte positiv und zur Hälfte negativ. Die fortschrittlichen Bevölkerungskreise protestieren gegen diese Verhaftungen. Gleichzeitig wird aber auch von informierten Kreisen die organisatorische Durchführung dieser Aktion kritisiert. Der unaufgeklärte Teil der Bevölkerung äußert sich ablehnend und die durch den Gegner verhetzten Menschen bringen feindliche Argumente über die Entsendung von FDJ- und Parteimitgliedern nach Westdeutschland.

Aus den Betrieben mehren sich die Anzeichen, dass sich viele Belegschaftsmitglieder nicht mehr in Diskussionen einlassen, keine Versammlungen besuchen, Forderungen stellen, FDGB-Beiträge verweigern und schlechter arbeiten und damit entsprechend nach den jetzt stark verbreiteten Feindparolen handeln.

Als Ergebnis der feindlichen Propaganda auf dem Lande kommen jetzt täglich neue Meldungen über Auflösungserscheinungen in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

Mithilfe besonders trotzkistischer Agenturen<sup>18</sup> ist der Gegner zzt. bemüht, die Partei zu zersetzen. Sein Hauptstoß richtet sich dabei gegen die Führung, wobei er ganz besonders den Genossen Walter Ulbricht verleumdet.

Der Materialmangel in den Betrieben, Ersatzteilmangel in den MTS, der Mangel an Kohlen, die Stromsperre und das Versagen der VEAB bilden weiterhin mit eine [sic!] der Ursachen für die schlechte Stimmung in der Bevölkerung.

1  
SED- und FDJ-Mitglieder, die seit Ende August im Zusammenhang mit dem Bundestagswahlkampf in großer Zahl organisiert in den Westen einzureisen versuchten, wurden zumeist schon am Grenzübergang festgenommen (vgl. Information Nr. 1056 v. 1.9.1953). Nach Auskunft des Bundesinnenministeriums vom 3.9.1953 betrug die Gesamtzahl der »Aufgegriffenen« 7 240 und die Zahl der inhaftierten »FDJ- und SED-Angehörigen« rund 4 200. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 5.9.1953, Nr. 169, S. 1414.

2  
Über praktische Maßnahmen zur Regelung des deutschen Problems. Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs vom 15.8.1953. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Hg. v. Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1, Berlin (Ost) 1957, S. 329–339.

3  
Über die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen der Regierung der UdSSR und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Sowjetisch-deutsches Kommuniqué vom 23.8.1953. In: Dokumente zur Deutschlandpolitik der Sowjetunion. Hg. v. Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1, Berlin (Ost) 1957, S. 345–350. Dabei ging es um den Vorschlag zur Einberufung einer Friedenskonferenz unter Beteiligung der »Vertreter Deutschlands«, die zur Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung führen sollte, deren Hauptaufgabe es sei, »freie gesamtdeutsche Wahlen vorzubereiten und durchzuführen«, außerdem um den Erlass der Reparationsverpflichtungen, die Überführung der SAG-Betriebe in das Eigentum der DDR, Senkung der Zahlungsverpflichtungen für den Unterhalt der sowjetischen Truppen in der DDR und einen Schuldenerlass. Darüber hinaus wurden zusätzliche Warenlieferungen für das laufende Jahr im Werte von etwa 590 Mio. Rubel, ein Kredit über 485 Mio. Rubel und die Entlassung deutscher Kriegsgefangener angekündigt.

4  
Wahrscheinlich sind hier generell die wirtschafts-, sozial- und tarifpolitischen Ministerratsbeschlüsse und -verordnungen gemeint, die seit der Ausrufung des »Neuen Kurses« am 11.6.1953 gefällt wurden, insbesondere die vom 25.6.1953. In: ND, Berliner Ausgabe, v. 26.6.1953, S. 1.

5  
Ein Ort namens Tollschutz ließ sich im Bezirk Gera nicht verifizieren. Töllschütz war ein Ortsteil der Gemeinde Kiebitz, Kreis Oschatz, Bezirk Leipzig.

6  
Franz Dahlem, Jg. 1892, 1946 Mitglied des Parteivorstandes und des Zentralsekretariats der SED, 1950–53 Mitglied des Politbüros der SED, Mai 1953 Ausschluss aus dem ZK und Entbindung von allen Funktionen.

7  
Wilhelm Zaisser, Jg. 1893, 1947/48 Chef der Landesbehörde der Polizei Sachsen-Anhalt, 1948/49 sächsischer Innenminister, 1949/50 Leiter der Hauptverwaltung Ausbildung (Vorläufer von KVP/NVA) des Ministeriums des Innern der DDR, ab Februar 1950 Minister für Staatssicherheit u. Mitglied des Politbüros der SED, wurde (zusammen mit Rudolf Herrnstadt, Chefredakteur vom »Neuen Deutschland«) auf der 15. ZK-Tagung am 26.7.1953 aus dem Politbüro und dem ZK ausgeschlossen. Bereits am 25.7.1953 hatte das »Neue Deutschland«

bekannt gegeben, dass Zaisser von seinem Amt als Minister für Staatssicherheit entbunden worden sei. Im Januar 1954 wurde er nach einem Verfahren vor der Zentralen Parteikontrollkommission ganz aus der SED ausgeschlossen.

8

Rudolf Herrnstadt, Jg. 1903, Journalist, seit 1949 Chefredakteur vom »Neuen Deutschland«, seit 1950 Kandidat des Politbüros, wurde auf der 15. ZK-Tagung am 26.7.1953 aus Politbüro und ZK ausgeschlossen.

9

Elisabeth Zaisser, Jg. 1898, Ehefrau von Wilhelm Zaisser, seit 1952 Ministerin für Volksbildung, schied im Oktober aus dem Amt aus.

10

Narodno-Trudowoj Sojus (NTS), deutsch: Volksarbeitsbund. Es handelte sich um eine seit 1930 bestehende russische Emigrantenorganisation, deren »geschlossener Sektor« streng konspirativ organisiert gegen die Sowjetunion arbeitete. Dabei ging es vor allem um die Verbreitung von antikommunistischem Propagandamaterial. Zur Zielgruppe dieser Aktivitäten gehörten in der SBZ/DDR vor allem die Angehörigen der sowjetischen Truppen. Ab Ende der Vierzigerjahre wurde der NTS insbesondere von US-amerikanischen Geheimdienststellen unterstützt und angeleitet, von den sowjetischen Sicherheitsorganen und unter deren Federführung auch vom MfS wurde er vehement bekämpft. Vgl. Stöver, Bernd: Die Befreiung vom Kommunismus: Amerikanische »Liberation Policy« im Kalten Krieg 1947–1991. Köln u. a. 2002, S. 318–331.

11

Das Ostbüro der SPD wurde 1946 zur Unterstützung der von der Zwangsvereinigung betroffenen ostdeutschen Sozialdemokraten gegründet. Zu seinen Aufgaben gehörten Flüchtlingsbetreuung, Informationsbeschaffung und das Einschleusen von Informations- und Propagandamaterialien in die SBZ/DDR. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

12

Die FDP unterhielt seit 1950 ein Ostbüro, das vom ehemaligen Thüringer LDP-Landesjugendreferenten Karl-Heinz Naase geleitet wurde und sich der Unterstützung von SED-kritischen Mitgliedern der LDPD, der Flüchtlingsbetreuung sowie der Informationsbeschaffung und Einschleusung von Informations- und Propagandamaterialien in die SBZ/DDR widmete. Vgl. Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP. Berlin 2000.

13

Die »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) war eine antikommunistische Organisation, die von Westberlin aus in die DDR hineinwirkte. Sie wurde 1949 u. a. von Rainer Hildebrandt gegründet, 1951 übernahm Ernst Tillich die Leitung. 1959 wurde die KgU aufgelöst. Wegen ihrer Anbindung an amerikanische Geheimdienststellen und des zeitweisen Einsatzes auch militanter Mittel galt sie dem MfS als besonders gefährlicher Gegner. Vgl. Merz, Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987; Engelmann, Roger: Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit. In: Henke, Klaus-Dietmar; Steinbach, Peter; Tüchel, Johannes (Hg.): Widerstand und Opposition in der DDR. Köln u. a. 1999, S. 183–192.

14

Im Original »Wahrsdorf«.

15

Nach ihrem Verbot im August 1950 wurden die Zeugen Jehovas in der DDR systematisch verfolgt. Da sie als »imperialistische Feindorganisation« eingestuft wurden, lag ihre Bekämpfung in der Zuständigkeit der Staatssicherheit. Vgl. Hirsch, Waldemar: Die Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas während der SED-Diktatur. Unter besonderer Berücksichtigung ihrer Observierung und Unterdrückung durch das Ministerium für Staatssicherheit. Frankfurt/M. 2003.

16

Im Original »an«.

17

Im Original »Henningendorf«.

18

»Trotzkismus« dient hier als Sammelbegriff für alle ehemals kommunistischen SED-Gegner.